
Wiebke Knell

KNELL ZUM SCHUTZ DER WEIDETIERE

29.01.2020

WIESBADEN – „Der Schutz des Wolfes darf nicht die Weidetierhaltung in Hessen gefährden“, sagt Wiebke KNELL, landwirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag. In Hessen werden immer wieder Wölfe gesichtet. „Dass Wölfe hier längst zum Problem geworden sind, können die Weidetierhalter bezeugen, deren Tiere von Wölfen gerissen wurden“, sagt Knell. Einige Halter von Schafen und Ziegen fürchteten gar um ihre Existenz. Die Freien Demokraten fordern deshalb einen besseren Schutz für Weidetiere und wollen deren Halter unterstützen, damit diese wiederum ihre Herden vor Wolfsangriffen schützen können. Das ist Inhalt eines Antrags der Fraktion, der am Donnerstag im Landtag zur Diskussion steht.

„Wir fordern, die Fördermöglichkeiten für Weidetierhalter deutlich aufzustocken, zu entbürokratisieren und auch die Bedürfnisse kleinerer Betriebe im Rahmen der Förderung zu verbessern“, sagt Knell. Die De-minimis-Regelung, nach der Betriebe mindestens drei Hektar groß sein müssen, um Unterstützung zu bekommen, soll aufgehoben und eine Beweislastumkehr nach sächsischem Vorbild geprüft werden. Zur Erklärung: Derzeit müssen hessische Tierhalter im Falle eines Falles nachweisen, dass ein Wolf den Schaden verursacht hat. In Sachsen hingegen wird davon ausgegangen, dass es ein Wolf war.

Die Landesregierung hingegen nehme die Tierhalter offenbar nicht ernst: Nicht anders sei es zu erklären, dass sich die Tierhalter, die vor kurzem bereits in Wiesbaden demonstriert hatten, in dieser Woche nach einem Gespräch im Landwirtschaftsministerium enttäuscht gezeigt haben. Nach Medienberichten ist ihnen gesagt worden, dass der Haushalt keine weitere Unterstützung hergebe. „Das ist schon recht abenteuerlich. Der Haushalt ist noch gar nicht beschlossen, und deshalb können wir als Parlament diesen natürlich noch ändern“, erklärt die landwirtschaftspolitische Sprecherin. „Wir Freie Demokraten haben dazu einen Antrag gestellt, der die Mittel zum Schutz vor dem Wolf verdoppeln sollte.“

Schwarz-Grün hat diesen ohne jegliche Begründung abgelehnt.“

Zudem appelliert Knell: „Wir müssen der Realität ins Auge sehen, statt romantischen Träumen nachzuhängen. Mit der Wolfsromantik muss Schluss sein.“ Daher fordern die Freien Demokraten, dass der Wolf wie andere Wildtiere behandelt und ins Jagdrecht aufgenommen wird. „Nur so kann Rechtssicherheit beim Abschuss von Problemwölfen geschaffen werden“, erklärt Knell.